



Handlungsempfehlungen zu den hohen Baukosten in Deutschland

*Positionspapier der
Bundesarbeitsgruppe Digitale Infrastruktur* *Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

1. Einleitung

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. vertritt die Interessen von über **13.000 Mitgliedern** aus allen Bereichen der deutschen Wirtschaft. In seiner Bundesarbeitsgruppe (BAG) **Digitale Infrastruktur** bündelt er die Expertise von rund **140 Unternehmen und Verbänden** der Telekommunikationsbranche. Gerade diese Branche ist in besonderem Maße auf **verlässliche, planbare** und **wirtschaftlich tragfähige** Rahmenbedingungen angewiesen, um den digitalen Wandel in Deutschland voranzubringen.

Im europäischen Vergleich sind die Tiefbau- und Ausbaukosten für Glasfaserinfrastruktur in Deutschland außergewöhnlich hoch¹. Das bremst den flächendeckenden Ausbau, bindet knappe Investitionsmittel und verzögert den Aufbau des Digitalstandortes Deutschland. Ziel der folgenden Übersicht ist es, konkrete, kurzfristig wirksame sowie mittelfristig strukturelle Maßnahmen an die Hand zu geben, um die Baukosten spürbar zu senken, ohne Qualität, Sicherheit oder Wettbewerb zu gefährden.

*[*Grundlage der Ausführungen sind neben eigenen Ableitungen auch Branchenpositionen sowie der europäische Rechtsrahmen (EU-GIA) und die absehbare TKG-Novellierung.]*

2. Maßnahmenvorschläge / Diskussion

Kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Kostensenkung sollten vor allem dort ansetzen, wo heute Zeitverluste, unnötige Auflagen und vermeidbare Mehrkosten entstehen.

- 2.1 Ein zentraler Hebel ist die **Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren**. Die Einführung flächendeckender Anzeigeverfahren anstelle vollumfänglicher Genehmigungen, insbesondere bei Standardmaßnahmen im Straßen- und Gehwegbereich, kann Bauzeiten erheblich verkürzen. Ergänzend sollte das im TKG verankerte „überragende öffentliche Interesse“ am Ausbau digitaler Infrastrukturen durch eine **bundeseinheitliche Handreichung** konkretisiert werden, die von Bund, Ländern, Kommunen und der Branche gemeinsam erarbeitet wird. Dadurch würde der Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden reduziert und eine konsistente Anwendung sichergestellt.
- 2.2 Ein weiterer kurzfristiger Kostenfaktor liegt in der Praxis der **Nebenbestimmungen in Genehmigungsbescheiden nach § 127 TKG**. Häufig enthalten diese Auflagen zur Bauausführung oder Oberflächenwiederherstellung, die über die rechtlich zulässigen Anforderungen hinausgehen. Die konsequente Unterlassung rechtswidriger oder unverhältnismäßiger Nebenbestimmungen würde sowohl direkte Baukosten als auch indirekte Kosten durch Verzögerungen deutlich senken. Hier ist eine klare politische Leitlinie erforderlich, flankiert durch Schulungen für Wegebausträger und kommunale Behörden.
- 2.3 Ein weiterer Hebel ist der Umgang mit **Aushubmaterial**. Die derzeitigen Vorgaben führen häufig dazu, dass Bodenmaterial kostenintensiv entsorgt und anschließend neues Material zugeführt werden muss. Eine Lockerung der **Vorschriften zur Wiederverwendung von Aushub**, unter Beachtung umwelt- und bodenschutzrechtlicher Mindeststandards, würde Transport-, Entsorgungs- und Materialkosten reduzieren und zugleich ökologische Vorteile bringen.
- 2.4 Weiterhin kann die Akzeptanz und **Anwendung moderner, kostensparender Bauverfahren** kurzfristig verbessert werden, wenn bestehende **Haftungsfragen** klar und verlässlich geregelt werden.

¹ Siehe u.a. die aktuelle Studie von Telekom und EY: <https://www.telekom.com/de/blog/netz/artikel/studie-glasfaserausbau-1085532> (Abgerufen am 06.01.2026)

Die DIN 18220 schafft einen rechtssicheren Rahmen für alternative Legeverfahren wie Trenching oder Fräsverfahren, die gegenüber dem klassischen Tiefbau erhebliche Kostenvorteile bieten. In der Praxis werden diese Verfahren jedoch häufig restriktiv behandelt, weil Genehmigungsbehörden Risiken für die Dauerhaftigkeit der Oberfläche oder spätere Folgeschäden befürchten. Eine gezielte Ausweitung und Standardisierung von Haftungsregelungen für DIN-konforme Bauweisen – etwa durch klar definierte Gewährleistungs- und Haftungszeiträume – kann dieses Akzeptanzproblem adressieren. Wenn Behörden darauf vertrauen können, dass Schäden aus der Bauausführung eindeutig zugeordnet und über einen ausreichend langen Zeitraum abgesichert sind, steigt die Bereitschaft zur Genehmigung deutlich. Eine solche Regelung stärkt die Bauqualität, schafft Vertrauen bei den Wegebauasträgern und ermöglicht zugleich eine breitere Anwendung kostensparender Bauverfahren, wodurch die Baukosten strukturell und nachhaltig gesenkt werden.

- 2.5 Auch bei den **verkehrsrechtlichen Anordnungen** besteht kurzfristiges Einsparpotenzial. Die Beantragung ist in vielen Kommunen langwierig, teuer und uneinheitlich bepreist. Eine **Vereinfachung, Standardisierung und Digitalisierung dieses Verfahrens** sowie eine bundesweit einheitliche Gebührenstruktur könnten die Planungs- und Baukosten spürbar senken. Eine Anpassung des bundesweiten Rahmenwerks *der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt)* wäre ein Ausgangspunkt zur Verfahrensvereinfachung.
- 2.6 Neben regulatorischen Erleichterungen können auch **fiskalische Instrumente** kurzfristig entlastend wirken. **Zeitlich befristete Entlastungen bei Energiekosten**, etwa durch eine Reduzierung oder Rückerstattung von Dieselabgaben für Baumaschinen im Infrastrukturausbau, könnten insbesondere in Phasen hoher Bauaktivität helfen, Kostenspitzen abzufedern. Solche Maßnahmen sollten klar zweckgebunden und befristet sein, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden.
- 2.7 Mittelfristig sind strukturelle Anpassungen erforderlich, um die Kostensituation dauerhaft zu verbessern. Ein zentrales Feld ist die Weiterentwicklung des Rechtsrahmens im Lichte des EU **Gigabit Infrastructure Act** (EU-GIA). Der GIA zielt darauf ab, Mitnutzung, Koordinierung von Bauarbeiten und den Zugang zu physischer Infrastruktur zu erleichtern. Eine ambitionierte und praxisnahe Umsetzung in nationales Recht kann dazu beitragen, mehrfachen **aufeinanderfolgenden Tiefbau im Straßenkörper zu vermeiden, Synergien mit anderen Infrastrukturmaßnahmen** zu heben und so die Kosten pro Anschluss nachhaltig zu senken. Insbesondere die verpflichtende Bereitstellung und Nutzung transparenter Informationen über bestehende Infrastrukturen sollte konsequent umgesetzt werden. In diesem Zuge begrüßen wir die Vorschläge aus dem Eckpunktepapier des BMDS zur anstehenden TKG-Novelle.
- 2.8 Besondere Aufmerksamkeit verdient der **Ausbau der Netzebene 4** innerhalb von Gebäuden. Der EU-GIA gibt hier mit Art. 10 Absatz 4 einen Rahmen für Standardisierung und Kostensenkung vor. Eine nationale Konkretisierung entlang der von der Branche vorgeschlagenen Standards kann Planungs- und Baukosten reduzieren. Gleichzeitig sollten Brandschutzvorgaben und die Klassifizierung der NE4-Verkabelung überprüft werden, um unnötig strenge Anforderungen abzubauen, die kostengünstige und technisch gleichwertige Verlegungsoptionen verhindern.
- 2.9 Schließlich spielen auch die **Finanzierungskosten** eine wachsende Rolle. Steigende Zinsen erhöhen die Gesamtkosten von Glasfaserprojekten erheblich. **Staatliche Bürgschaften oder Ausfallversicherungen für Glasfaserinvestitionen** könnten das Risiko senken und damit die Fremdkapitalkosten reduzieren, ohne den Marktmechanismus auszuhebeln. Gerade in der aktuellen Zinslandschaft wäre dies ein wirksamer Hebel, um Investitionen aufrechtzuerhalten und Ausbaukosten indirekt zu senken.

3.Fazit

Zusammenfassend zeigt sich, dass die hohen Baukosten im Glasfaserausbau kein Naturgesetz sind. Durch eine Kombination aus kurzfristigen administrativen Entlastungen, klaren Leitlinien, einer praxisnahen Umsetzung europäischer Vorgaben und gezielten strukturellen Reformen kann Deutschland die Kosten deutlich senken. Entscheidend ist dabei ein konsequenter Perspektivwechsel: weg von maximaler Absicherung im Einzelfall, hin zu standardisierten, rechtssicheren und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen, die den Glasfaserausbau als zentrale Zukunftsaufgabe behandeln.

Berlin, Januar 2026